



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

a) Terrorismusbekämpfung verstärken - Bessere Überwachung und mehr Prävention und Deradikalisierung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5024

b) Terrorismus bekämpfen - Ausreisepflichtige Gefährder konsequent abschieben

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/5034

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 26. Januar 2017 überwiesenen Vorlagen in drei Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 1. März 2017, befasst.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt er dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/5024, abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimme der FDP dem Landtag, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/5034, abzulehnen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende